

Ersuchen um Vorabentscheidung, vorgelegt durch Beschluss des High Court vom 30.7.2004 in dem Rechtsstreit Elaine Farrell gegen Alan Whitty, The Minister for the Environment, Irland, The Attorney General und The Motor Insurers' Bureau of Ireland

(Rechtssache C-356/05)

(2005/C 315/18)

(Verfahrenssprache: Englisch)

Der High Court (Irland) ersucht den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften durch Beschluss vom 30.7.2004, bei der Kanzlei des Gerichtshofes eingegangen am 23.9.2005, in dem Rechtsstreit Elaine Farrell gegen Alan Whitty, The Minister for the Environment, Irland, The Attorney General und The Motor Insurers' Bureau of Ireland um Vorabentscheidung über folgende Fragen:

1. War Irland ab 31. Dezember 1995 — dem Termin, bis zu dem es die Dritte Richtlinie in Bezug auf Insassen von Fahrzeugen außer Motorrädern umzusetzen hatte — gemäß Artikel 1 der Dritten Richtlinie⁽¹⁾ verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung für die Verletzung von Einzelpersonen vorzuschreiben, die in dem Teil eines Kraftfahrzeugs fahren, der nicht mit Sitzplätzen für Mitfahrer konstruiert und gebaut ist?
2. Falls die Frage zu 1 zu bejahen ist, verleiht Artikel 1 der Dritten Richtlinie Einzelpersonen Rechte, auf die sie sich vor den nationalen Gerichten berufen können?

⁽¹⁾ Dritte Richtlinie 90/232/EWG des Rates vom 14. Mai 1990 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung, ABl. L 129 vom 19.5.1990, S. 33 ff.

Ersuchen um Vorabentscheidung, vorgelegt durch Urteil des Tribunal de Grande Instance Brive-la-Gaillarde vom 9. September 2005 in dem Rechtsstreit Estager SA gegen Receveur principal de la Recette des Douanes de Brive

(Rechtssache C-359/05)

(2005/C 315/19)

(Verfahrenssprache: Französisch)

Das Tribunal de Grande Instance Brive-la-Gaillarde (Frankreich) ersucht den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften

durch Urteil vom 9. September 2005, bei der Kanzlei des Gerichtshofes eingegangen am 26. September 2005, in dem Rechtsstreit Estager SA gegen Receveur principal de la Recette des Douanes de Brive um Vorabentscheidung über folgende Frage:

Sind die Bestimmungen der Ordonnance Nr. 2000-916 vom 19. September 2000 zur Anpassung des Wertes bestimmter in den Gesetzestexten in Franc angegebener Beträge in Euro, die die Umrechnung der auf die Herstellung von Mehl, Feingrieß und Grobgrieß von Weichweizen erhobenen BAPSA-Abgabe von 100 FRF in 16 Euro zum Gegenstand haben, mit den Gemeinschaftsvorschriften über die Einführung des Euro vereinbar?

Ersuchen um Vorabentscheidung, vorgelegt durch Beschluss des Vestre Landsret vom 5. Oktober 2005 in dem Strafverfahren Anklagemyndigheden gegen Uwe Kay Festersen

(Rechtssache C-370/05)

(2005/C 315/20)

(Verfahrenssprache: Dänisch)

Das Vestre Landsret (Dänemark) ersucht den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften durch Beschluss vom 5. Oktober 2005, bei der Kanzlei des Gerichtshofes eingegangen am 10. Oktober 2005, in dem Rechtsstreit Anklagemyndigheden gegen Uwe Kay Festersen um Vorabentscheidung über folgende Fragen:

1. Verstößt es gegen Artikel 43 EG und Artikel 56 EG, wenn ein Mitgliedstaat als Voraussetzung für den Erwerb eines landwirtschaftlichen Grundstücks das Erfordernis aufstellt, dass der Erwerber seinen ständigen Wohnsitz auf dem Grundstück begründet?
2. Ist es für die Beantwortung der Frage 1 von Bedeutung, dass das Grundstück keine sich selbst tragende Einheit darstellen kann und dass das Wohngebäude des Grundstücks in einer Bebauungszone liegt?